Abend-Ausgabe

75. Jahrgang. Nr. 43 — Montag, 26. Januar 1931

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 RM. (einschließlich 40 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.40 RM. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 1mal wöchentlichem Verlag. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1055 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Osthilfe-Konflikt im Reichskabinett

Dietrich gegen Schiele?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Jan. Der Reichskanzler wird am morgigen Dienstag die Vertreter der Grünen Front empfangen, um sich mit ihnen über die neuen Vorschläge zu unterhalten, die die Grüne Front vor bereits einer Woche der Reichskanzlei eingereicht hat. Diese Vorschläge laufen im wesentlichen darauf hinaus, dem Reichsernährungsminister Schiele eine ziemlich weitgehende Ermächtigung zum Schutze der landwirtschaftlichen Edelprodukte an die Hand zu geben, nach der dieser dann je nach Lage der Dinge Zollerhöhungen verfügen könnte. Mit diesem Programm hat sich auch der Reichsernährungsminister Schiele identifiziert, und es ist kein Geheimnis, daß die Folge dieser Identifizierung ziemlich heftige Zusammenstöße mit dem Kabinett waren, wobei sich der Reichsfinanzminister

Dietrich-Baden als entschlossener Gegenspieler Schieles

herausstellte. Die Linkspresse, offenbar von den Kreisen um Dietrich-Baden und Preußenkasse informiert, schlug Lärm und brachte verschiedene Alarmmeldungen über einen bevorstehenden Rücktritt Schieles und seine Ersetzung durch weiter links stehende Persönlichkeiten. Diesem Krisenspiel gilt es schon heute entgegenzuwirken. Der Reichsernährungsminister befindet sich in einer Kette von Zwangsläufigkeiten, der er nur Herr zu werden vermag, wenn er von der Landwirtschaft und von allen landwirtschaftsfreundlichen Kreisen gestützt wird. Am 1. Februar findet die Generalversammlung des Reichslandbundes statt.

Die östlichen Landbünde sind großenteils in erheblicher Erregung,

daß das Reichsernährungsministerium nicht genügend für den Schutz der Landwirtschaft tue. Die Folge ist ein Druck des Reichslandbundes auf den Reichsernährungsminister, die Ausarbeitung von neuen Vorschlägen der Grünen Front und der Kampf um die Durchsetzung dieser Vorschläge, der diese Woche ausfüllen dürfte. Dietrich-Baden ist seinerseits bemüht, den Reichshaushalt in Ordnung zu halten, denn er befürchtet von einem Siege der Grünen Front neue Zollerhöhungen. Zollerhöhungen haben eine Einfuhrminderung zur Folge. Einfuhrminderung bedeutet Mindereinnahmen an Zolleinnahmen. Mindereinnahmen täglicher Art schwächen die Reichskasse und werfen die Berechnung über den Haufen. Dazu kommt noch

Dietrichs Widerstand in Sachen der Osthilfe.

Am heutigen Montag finden über ihre Ausgestaltung neue Ressortbesprechungen statt. Diesen Besprechungen liegt der jetzt fertiggestellte neue Gesetzentwurf zugrunde, der bei aller Würdigung der Hugenbergschen Vorschläge sich im wesentlichen die Gedankengänge des pommerschen Gutsbesitzers v. Zitzewitz-Kottow und des rheinischen Industriellen Silverberg zu eigen macht.

Danach soll die Umschuldung der ostdeutschen Landwirtschaft über die Freigabe der Industrieobligationen vor sich gehen, d. h., die Bank für Industrieobligationen soll ab 1. Januar 1932 in eine Umschuldungsbank für den deutschen Osten umgewandelt werden.

Bis jetzt laufen die Gelder aus der Industriebelastung in die Reichskasse, obwohl bei Annahme des Youngplans seitens des Reiches fest versprochen worden war, die Industriebelastung überhaupt aufzugeben. Das Reichsfinanzministerium steht nun auf dem Standpunkt daß man es mit dem damaligen Versprechen angesichts der Finanzlage des Reiches nicht so ernst nehmen müsse. Es möchte die Industriebelastung für seine Zwecke auch über das Jahr 1931 hinaus erheben und führt deshalb einen entschlossenen Kampf gegen die Osthilfepläne, die eine wirtschaftspolitisch und nationalpolitisch produktive Verwendung des Aufkommens aus den Industrieobligationen vorsieht.

Der Reichsfinanzminister sieht nun in diesem Kampf um die Mittel der Reichskasse in dem Reichsernährungsminister den Punkt des schwächsten Widerstandes.

Er ist der Meinung, Schiele müsse dem doppelten Druck, der von der Linken und der mißtrauischen und unzufriedenen Landwirtschaft auf der anderen Seite ausgehe, erliegen. Dietrich ist ferner der Ansicht, daß ein weiter links stehender Reichsernährungsminister nicht die Fähigkeit seines Amtsvorgängers besitzen würde.

Deshalb der Kampf, der jetzt hinter den Kulissen tobt und bei dem wohl auch die preußische Regierung die Hand mit im Spiele hat!

Angesichts dieser Sachlage dürfte es ein Gebot der Klugheit sein, wenn die landwirtschaftlichen Organisationen, ungeachtet mancher Enttäuschungen, die auch ihnen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Stützungsaktionen bereitet worden sind, das Spiel der Linken gegen Schiele durchschauten und dem Druck, der von ihnen auf das Reichsernährungsministerium ausgeübt wird, eine Note positiver Opposition gäben und dadurch der Aktion der Linken entgegenwirkten.

Graf Bethlen in Wien

Unterzeichnung des österreichisch-ungarischen Freundschaftsvertrags

Wien, 26. Jan. Im Bundeskanzleramt wurde heute mittag der zwischen Oesterreich und Ungarn abgeschlossene Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag vom ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen und von Vizekanzler Dr. Schober unterzeichnet. Der Vertrag ist eine wesentliche Ergänzung des am 10. April 1923 zwischen den beiden Ländern abgeschlossenen Schiedsgerichtsvertrages.

Zur Stillegung der Hütte Ruhrort-Meiderich

Duisburg-Hamborn, 26. Jan. Wegen der beabsichtigten Stillegung der Hütte Ruhrort-Meiderich der Vereinigten Stahlwerke, wovon etwa 7000 Arbeiter und Angestellte betroffen werden würden, hat sich der hiesige Oberbürgermeister Dr. Jarres mit den Vereinigten Stahlwerken ins Benehmen gesetzt, auf die der Stadt durch eine Stillegung drohende katastrophale Lage hingewiesen und alles versucht, um die Stillegung zu verhindern.

Darauf haben die Vereinigten Stahlwerke das Angebot gemacht, die Hütte Ruhrort-Meiderich in weitem Umfange in Betrieb zu halten, und zwar mit 4500 Arbeitern, wenn die Arbeitnehmer freiwillig auf 20 Prozent des Normallohnes verzichten.

Die Vereinigten Stahlwerke wollen dafür die Garantie übernehmen, daß nicht mehr als 10 Prozent Feierschichten eingelegt würden, und sich der Arbeiterschaft gegenüber verpflichten, bis zum 1. Oktober 1931 weitere Stillegungen in diesen Betrieben nicht vorzunehmen. Die Verhandlungen über dieses Angebot sind im Gange.

Drei Studenten auf einer Skitour verschollen

Innsbruck, 26. Januar. Drei reichsdeutsche Studenten der Innsbrucker Universität, und zwar Conen aus Rösdorf bei Düren im Rheinland, Klingmüller, der Sohn eines Universitätsprofessors aus Kiel, und Prenzel aus Berlin, unternahmen am 22. Januar eine Skitour auf die Lizum im Wattental. Es wurde festgestellt, daß sie die Nacht zum 23. Januar noch auf einer Almhütte verbracht hatten. Seither fehlt jede Spur von ihnen.

Lavals neue Kombination

Paris, 26. Jan. Senator Laval hat heute vormittag seine Verhandlungen mit den Parteiführern fortgesetzt. Er empfing u. a. die Abgeordneten Maginot und Daladier. Diese sollen sich über das parlamentarische Arbeitsprogramm ausgesprochen haben, das Laval heute nachmittag der radikalen Kammerfraktion, die um 15 Uhr eine Sitzung abhält, vorzulegen gedenkt.

Nach der Havas-Agentur soll Laval beabsichtigen, neben der Ministerpräsidentschaft das Innenministerium zu übernehmen, unterstützt durch zwei Unterstaatssekretäre. Außerdem soll es nahezu gewiß sein, daß Tardieu, Maginot und Flandin in das Kabinett eintreten, sowie auch mehrere Minister des zurückgetretenen Kabinetts Steeg, so Senator Albert Sarraut, Daladier und Chautemps. Laval beabsichtigt außerdem, sich die Mitarbeit des Senators Henry de Jouvenel und der Abgeordneten Paganon und Julien Durand (beide radikale Abgeordnete) zu sichern.

Das englische Kabinett vor dem Rücktritt?

London, 26. Januar. Das englische Kabinett hat sich, wie Informationen der Londoner Presse besagen, zum Rücktritt und zur Ausschreibung von Neuwahlen entschieden, falls am Mittwochabend gelegentlich der zweiten Lesung des neuen Gewerkschaftsgesetzes das Unterhaus gegen die Regierung stimmen sollte. Die Mehrheit der Arbeiterpartei über die Konservativen beträgt 25 Stimmen. Die Liberalen haben sich offiziell entschieden, an der Abstimmung nicht teilzunehmen, jedoch kann erwartet werden, daß eine gewisse Anzahl gegen die Regierung stimmen wird. Unter diesen Umständen ist der Ausgang der Abstimmung, die vielleicht eine der wichtigsten der gegenwärtigen Sitzungsperiode ist, sehr zweifelhaft. Die Regierung macht sich über den Ernst der Lage keine Illusionen, hofft aber natürlich auf eine ihr günstige Entscheidung, sei es auch mit einer geringen Mehrheit.

Gandhi freigelassen

Delhi, 26. Jan. Der Vizekönig hat die bedingungslose Freilassung Gandhis und der anderen Mitglieder des Arbeitsausschusses des allindischen Kongresses angeordnet. Gleichzeitig hat er die Aechtung dieses Ausschusses als ungesetzliche Körperschaft aufgehoben.

Der Vizekönig Lord Irwin hat eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, die Freilassung Gandhis und der anderen Kongreßführer sei erfolgt, um den Kongreß in den Stand zu setzen, ungestört die Erklärung zu erörtern, die Macdonald bei der Vertagung der indischen Konferenz abgegeben hatte. Zu den Freigelassenen gehören Pandit Nehru, der bei Beginn des Feldzuges des Ungehorsams Präsident des Allindischen Kongresses war, ferner Patel, der den Steuerstreik im Bezirk von Bombay organisiert hatte, und Frau Naidu, die Vorkämpferin der Frauenrechte in Indien.

Die Probeflüge des „Do. X". Das Flugboot „Do. X", das in den letzten Tagen verschiedene Probeflüge ausgeführt hat, wird am 30. Januar einen Flug nach Madeira unternehmen.

Brünings parlamentarische Aussichten

Verfassungsreform oder Diktatur?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Jan. Reichsaußenminister Dr. Curtius wird heute nachmittag in Berlin zurückerwartet. Der Reichskanzler selbst ist aus dem Rheinlande bereits heute morgen nach Berlin zurückgekehrt. Das Reichskabinett wird alsbald zusammentreten, um den Bericht des Außenministers über die Genfer Tagung entgegenzunehmen. In politischen Kreisen wird Brünings Hinweis in seiner Dürener Rede, Politik nach festen Plänen und auf lange Sicht — auf ein Jahrzehnt — zu machen, viel besprochen.

Man glaubt hier und dort, daß Brüning bereits so etwas wie einen Zehnjahresplan ausgearbeitet hat.

In dieser Form ist das natürlich nicht richtig. Es scheint nur so viel festzustehen, daß sich Brüning wohl innerlich darauf einrichtet, das Heft der Reichsregierung nicht so bald wieder aus der Hand zu geben und damit die Möglichkeit, eine Politik auf lange Sicht, freilich, so wie er sie versteht, zu machen. Daß dies nach Maßgabe der heutigen Verfassung nur sehr schwer möglich sein dürfte, ist dem Reichskanzler wohl ebenfalls nicht unbekannt. Um so mehr muß es wundernehmen,

daß jetzt auch der Reichskanzler den Versuch macht, auf das von der Sozialdemokratie aufgeworfene Thema einer Parlamentsreform einzugehen.

Es geschieht dies unter der Parole, man müsse den Reichstag arbeitsfähig machen. Die Sozialdemokratie hat diese Diskussion wohl nur deshalb entfacht, weil sie mit Recht befürchtet, daß Brüning, wenn der Reichstag nicht pariert, entschlossen ist, die an sich schon bestehende ziemlich weitgehende Diktatur noch vollends auszubauen und dann womöglich auch eine Verfassungsreform auf außerparlamentarischem Wege herbeizuführen. Konsequenterweise würde dem Reichskanzler auch gar nichts anderes übrig bleiben, wenn er überzeugt ist, daß er an der Macht bleibt. Aber es scheint, daß Brüning auch hier die Entscheidung fürchtet und mit allen Mitteln bestrebt ist, die Verfassungsmäßigkeit der Regierung wenigstens nach außen hin aufrechtzuerhalten. Trotz aller dieser Bemühungen um die parlamentarische Reform und Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstags glaubt man in politischen Kreisen nicht, daß die im Februar beginnende Reichstagssession von langer Dauer sein wird.

Auch glaubt man nicht an Neuwahlen,

die für das gegenwärtige System nahezu Selbstmord sein würden. Schon richtet man sich darauf ein, den Reichstag so schnell wie möglich nach Hause zu schicken. Daneben laufen Bestrebungen, nicht nur eine Vertagung auszusprechen, sondern offiziell einen Schluß der Tagung herbeizuführen. Der Unterschied hierbei ist, daß die Reichstagsabgeordneten bei bloßer Vertagung Immunität, Diäten und Freifahrkarten behalten würden. Wird aber der Schluß der Tagung ausgesprochen, was freilich nur durch die Mehrheit des Reichstags selbst herbeigeführt werden könnte, dann entfallen alle diese mit dem Amte eines Reichstagsabgeordneten verbundenen Annehmlichkeiten. In Kreisen der Mitte wird nun so gerechnet, daß es vielleicht besser wäre, einen Schluß der Tagung schon deshalb herbeizuführen, weil man damit

die Agitationsmöglichkeit der radikalen Parteien

schwer zu beeinträchtigen hofft. Bei der ständigen Verschlechterung der Wirtschaftslage vermögen die Mittelparteien agitatorisch kaum noch etwas zu erreichen, während die Flügelparteien aus der wirtschaftspolitischen Entwicklung ihre Vorteile ziehen könnten. Trotzdem wird sich wohl kaum eine Mehrheit für den Tagungsschluß finden lassen, und es dürfte zu einer gewöhnlichen Vertagung allerdings auf frühestens Ende März kommen.

SLUB
Wir führen Wissen.